

Nidwaldner Zeitung

Samstag, 19. Januar 2019

AZ 6002 Luzern | Nr. 15 | Fr. 3.50 | € 4.- | www.nidwaldnerzeitung.ch



Wirzweli-Original

Nach 60 Jahren am Gummen-Skilift hat Alois «Weysi» Odermatt viel zu erzählen. 23

CVP-Anwärter halten sich zurück

Nidwalden Weil die SVP weiter auf Nationalrat Peter Keller setzt und es ihr die FDP mit Ständerat Hans Wicki gleich tun dürfte, wird dieses Mal kein Nidwaldner Sitz im Bundesparlament frei. Dies im Gegensatz zu den eidgenössischen Wahlen vor vier und acht Jahren. Die Ausgangslage bringt mit sich, dass die Augen vor allem auf die CVP gerichtet sind, zumal diese 2015 den Sitz in der kleinen Kammer an die Liberalen abtreten musste. Auf Anfrage halten sich potenzielle CVP-Kandidaten, darunter die Regierungsräte Othmar Filliger und Karin Kayser, noch bedeckt. Es gibt aber Exponenten, die offen kommunizieren, dass sie keine Ambitionen haben. (om) 21

Tessin: Jetzt gibt es Hymnentests

Schule Den Entscheid fällt das Tessiner Kantonsparlament im Jahr 2013: Die Landeshymne muss an der Volksschule obligatorisch gelernt und gesungen werden. SVP-Kantonsrat Tiziano Galeazzi hat nach persönlichen Nachforschungen herausgefunden: Viele Schulen erfüllen die Hymnenpflicht nicht.

Die Tessiner Regierung will dem Schweizerpsalm nun auf die Sprünge helfen. Es hat Schulinspektoren angewiesen, die Hymnenkompetenz der Schüler zu prüfen. Falls nötig, wird das Erziehungsdepartement Massnahmen ergreifen, um die Kinder mit den patriotischen Klängen vertraut zu machen. (kä) 4

Alle Amerikaner sagen ab

WEF Die US-Regierung wird nach der Absage von Präsident Donald Trump nun gar keine Delegation ans Weltwirtschaftsforum nach Davos schicken. Der Grund ist der US-Haushaltsstreit mit einem teilweisen Regierungsstillstand. Dies kündigte die Präsidentensprecherin Sarah Sanders an.

«Angesichts der 800 000 grossartigen amerikanischen Arbeiter, die nicht bezahlt werden, und um sicherzustellen, dass sein Team dort helfen kann, wo es gebraucht wird, hat Präsident Trump die Reise seiner Delegation zum Weltwirtschaftsforum nach Davos gestrichen», heisst es in ihrer Stellungnahme. (sda) **Kommentar 6. Spalte** 5

SBB weisen Schuld von sich

Zug-Debakel SBB-Chef Andreas Meyer macht Hersteller Bombardier für die neusten Pannen verantwortlich. Auf die Kritik der Behindertenorganisationen geht er nicht ein.

Sven Allematt und Benjamin Weinmann

Das Debakel rund um die neuen SBB-Fernverkehrszüge von Hersteller Bombardier wird von Tag zu Tag grösser. Nun nimmt SBB-Chef Andreas Meyer im Interview erstmals ausführlich Stellung zu den neusten Pannen. Dabei schiebt er die Schuld für die Verspätungen und technischen Probleme dem Lieferanten in die Schuhe: «Die Gründe für die momentane Situation liegen klar bei Bombardier.» Wann alle 59 Züge einsatzfähig sind, kann Meyer nicht sagen.

Bis heute habe man einen Drittel der Zahlung beglichen und mit Bankgarantien abgesichert.

«Die Gründe für die momentane Situation liegen klar bei Bombardier.»



Andreas Meyer
SBB-Chef

Insgesamt kostet der grösste Deal in der Geschichte der SBB 1,9 Milliarden Franken. «Der Vertrag, den wir mit Bombardier abgeschlossen haben, ist ein harter Vertrag mit Strafzahlungen, die über das Übliche hinausgehen.»

Verkehrskommission besorgt über Pannen

Sich selbst macht Meyer in diesem Prozess, den er als «Zangen- geburt» bezeichnet, kaum Vorwürfe. Wenn, dann viel eher den Behindertenorganisationen, die zusätzliche Spezifikationen gefordert hätten. Allerdings sind die SBB auf elementare Punkte nicht eingegangen: Viele Menschen im Rollstuhl werden die neuen Züge bis 2060 nicht selbst-

ständig benutzen können, da unter anderem die Einstiegsrampen zu steil sind.

Die Politik hat sich in das Debakel eingeschaltet. Die Verkehrskommission des Nationalrats zeigte sich in einer Mitteilung «äusserst besorgt über die zahlreichen Pannen». Bereits überlegen Politiker, den Freiraum der SBB bei grossen Beschaffungsprojekten einzuschränken. Er könne sich nicht vorstellen, wie man die entsprechende Freiheit der SBB weiter einschränken könne, entgegnet Meyer. «Wir haben schon jetzt ein sehr enges gesetzliches Korsett bei solchen Beschaffungen, alles wird bis ins letzte Detail geregelt mit einem sehr grossen administrativen Aufwand.» 3

150 Millionen Menschen wollen baden



Indien Alle 12 Jahre kommen in Indien Millionen Menschen zusammen, um sich in den Fluten des heiligen Flusses Ganges von ihren Sünden reinzuwaschen. Das ist mit einem immensen Aufwand verbunden: 800 Sonderzüge, 122 000 Toiletten, 30 000 Polizisten und 600 Feldküchen stehen bereit. 8

Bild: Rajesh Kumar Singh/AP (Allahabad)

Kommentar

Davos lernt Trump kennen

Normalerweise gibt das Weltwirtschaftsforum seine mächtigsten Teilnehmer kurzfristig bekannt. Donald Trump brach diese Regel und posierte schon Mitte Dezember heraus, er werde wieder an diesen «grossartigen Anlass» fliegen. Und er setzte noch einen drauf. Er werde eine «hochkarätige Delegation» mitnehmen. Vergangene Woche sagte Trump seinen Besuch ab, beteuerte aber, die hochkarätige Delegation komme trotzdem. Gestern die neuste Wendung: Trump streicht auch seiner Delegation die Reise. Die US-Regierung wird in Davos erstmals komplett fehlen.

Letztes Jahr haben die «Davos Men», wie die am WEF versammelte globale Elite bezeichnet wird, den US-Präsidenten gewissermassen in ihren Kreis aufgenommen. Zwar missfällt ihnen seine Handelspolitik, aber für sein Plädoyer für tiefe Steuern und Deregulierungen feierten sie ihn. WEF-Gründer Klaus Schwab liess eine Blas-kapelle aufspielen, wie bei einem offiziellen Staatsempfang. Schwab wusste, dass Trump Schmeicheleien mag. Durch seine On-Off-Ankündigung lernen die «Davos Men» nun den wahren Trump kennen, besser als durch jede Rede, die er am WEF hätte halten können: Er ist unberechenbar, unverlässlich, chaotisch. Alles dient der Show – auch Ankündigungen und ihre Dementis. Genau so betreibt Trump Politik.

Davos wird die Absenz der USA verkraften. Der Bundesrat auch, der mit den Amerikanern über ein Freihandelsabkommen reden wollte. Unserer Regierung bleibt jetzt mehr Zeit, um bei europäischen Regierungsvertretern für die Schweizer Haltung beim EU-Rahmenabkommen zu werben. Switzerland first, sozusagen.



Patrik Müller
patrik.mueller@chmedia.ch